



Ostergrüße

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!

Wir wünschen Ihnen eine frohe Osterzeit und ein erholsames verlängertes Wochenende.



Richard Seeber und das gesamte Team der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino bei der EU

Newsletter Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **128. Plenartagung des Ausschusses der Regionen** 3

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- **Erklärung von Antonio Tajani zum 2. Jahrestag der Brüsseler Anschläge** 4
- **Ausschuss für regionale Entwicklung** 4
- **Anhörung im Europäischen Parlament zu Personalentscheidung** 5

Europäische Kommission

- **EU-finanzierte Internet-Hotspots für Städte und Gemeinden** 6

Sonstiges

- **Europäischer Rat fixiert Leitlinien bezüglich der zukünftigen Beziehungen zum VK** 7
- **EU-Kommission soll Klimaziele überarbeiten** 7
- **Preisschwankungen für Agrarland zwischen den Mitgliedstaaten** 8
- **20. Europäischer Konsumententag** 8
- **EU-Türkei Gipfeltreffen in Bulgarien** 9
- **Rechnungshof fordert Vereinfachung der Forschungsförderung** 9
- **Gleichbehandlungsstellen müssen gestärkt werden** 10

Ihre Stimme in Europa

- **Laufende Konsultationen** 11

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 12

Tagesordnungen der Institutionen 13

Impressum und Abbildungsverzeichnis 13

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

128. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Vom 22. bis zum 23. März hielt der Ausschuss der Regionen ([AdR](#)) seine 128. Plenartagung ab. Im Mittelpunkt stand die Zukunft der Kohäsionspolitik in Bezug auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen ([MFR](#)) 2021-2027.



Europäischer Ausschuss der Regionen

Die sogenannte [Cohesion Alliance](#) übergab an Günther H. Oettinger, Kommissar für Haushalt und Personal, und Corina Crețu, Kommissarin für Regionalpolitik, am 22. März eine von 4.000 UnterstützerInnen sowie lokalen Gebietskörperschaften unterzeichnete Erklärung. Sie fordert dazu auf, weiterhin rund ein Drittel der Mittel des EU-Budgets für die Kohäsionspolitik bereitzustellen. Damit soll gewährleistet werden, dass die europäischen [Struktur- und Investitionsfonds](#) auch zukünftig das wichtigste Investitionsinstrument der EU bleiben. Im aktuellen Finanzrahmen von 2014-2020 sind dafür 350 Mrd. Euro veranschlagt worden.

„Die Zukunft der Kohäsionspolitik hängt mit der Zukunft der EU als Ganzes zusammen. Wir brauchen eine starke und wirksame Kohäsionspolitik nach 2020, die es allen Regionen ermöglicht, auf wirtschaftliche,

soziale, territoriale und ökologische Herausforderungen zu reagieren und so zu einem prosperierenden Europa für alle Bürger beizutragen“, so Michael Schneider, Berichterstatter des AdR zur [Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020](#).

Auf der Tagesordnung stand weiters eine Debatte zur Förderung der Regionen als Innovationszentren für eine wettbewerbsfähige Industrie. Dazu verabschiedete der AdR am [23. März Empfehlungen für die europäische Industrie in einem neuen Zeitalter](#). Laut AdR können die Regionen entscheidend dazu beitragen, die Wandlungs- und Innovationsfähigkeit der Industrie zu unterstützen, um sie so für das digitale Zeitalter fit zu machen. In diesem Zusammenhang sprach sich der AdR in einer [Stellungnahme](#) für eine verbesserte Konnektivität mit Hilfe einer effektiveren Förderung des Breitbandausbaus in Europa im Rahmen der Kohäsionspolitik aus.

Außerdem verabschiedete der AdR in gleicher [Sitzung](#) eine [Stellungnahme](#) zum [Vorschlag](#) der Kommission von September 2017 für eine Reform der Europäischen Bürgerinitiative ([EBI](#)). Der Vorstoß der Kommission sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, das Potential als „transnationales Instrument der partizipativen Demokratie auf europäischer Ebene“ jedoch noch nicht voll ausgereizt.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Erklärung von Antonio Tajani zum 2. Jahrestag der Brüsseler Anschläge

Am 22. März jährte sich der Anschlag auf die Brüsseler U-Bahn und den Flughafen Brüssel-Zaventem zum zweiten Mal. Antonio Tajani, Präsident des Europäischen Parlaments, gab diesbezüglich eine [Stellungnahme](#) ab.

Der Terrorismus sei ein Angriff auf unsere Grundprinzipien und die Verteidigung unserer Werte mit dem gleichzusetzen, inwiefern wir Opferschutz nach terroristischen Attacken betreiben. Im Namen der Opfer sei man verpflichtet, die diesbezüglich gesetzten Mechanismen auf ihre Effektivität zu prüfen und, wenn notwendig, zu optimieren, so Tajani.

Nathalie Griesbeck, Vorsitzende des Sonderausschusses für Terrorismus ([TERR](#)) des Europäischen Parlaments, fügte hinzu,

dass in Bezug auf den Opferschutz die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen als wichtig und exemplarisch hervorzuheben sei. Inwiefern wir den Opferschutz betreiben würden, zeige die Stärke und die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft. Hierbei liege es vornehmlich an den Mitgliedstaaten, angemessene Unterstützungsmaßnahmen für Opfer zu setzen.

[Mehr Informationen](#)

Ausschuss für regionale Entwicklung

Am 26. und 27. März tagte in Brüssel der Ausschuss für regionale Entwicklung ([REGI](#)) des Europäischen Parlaments.

Auf der Tagesordnung standen u. a. eine Aussprache zum [Entwurf](#) eines Berichts über die Kohäsionspolitik und die Kreislaufwirtschaft mit dem Berichterstatter Davor Škrlec sowie eine Diskussion zur Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen. Weiters wurde der [Vorschlag](#) der Kommission zur Änderung der Verordnung ([EU](#)) 2017/825 zur Erhöhung der Finanzausstattung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen und zur Anpassung seines übergeordneten Ziels debattiert.

Zur Abstimmung standen darüber hinaus ein [Ausschuss-Berichtsentwurf](#) zum Bericht der Kommission über die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der gesamten EU sowie ein [Berichtsentwurf](#) zur Umsetzung der Kohäsionspolitik in Bezug auf die Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr.

[Mehr Informationen](#)



Anhörung im Europäischen Parlament zu Personalentscheidung

Am 27. März stellte sich Günther Oettinger, Kommissar für Budget und Personal, einer Anhörung im Europäischen Parlament (EP) zur Bestellung von Martin Selmayr zum neuen Generalsekretär der Kommission.

In der Plenarsitzung am 12. März hatten mehrere Abgeordnete die Einsetzung Martin Selmayrs als Generalsekretär als zu intransparent und ungerechtfertigt eingestuft. Daraufhin hat die [Konferenz der Präsidenten](#) den Haushaltskontrollausschuss ([CONT](#)) des EP dazu aufgefordert, eine diesbezügliche Resolution dem Plenum am 19. April zur Abstimmung vorzulegen.

Die Kommission hat bereits am [24. März](#) auf die [134 Fragen](#) des CONT-Ausschusses

geantwortet und darin die Rechtmäßigkeit der Bestellung deutlich gemacht. ([Kurzfassung](#)) So sei der Bestellungsprozess den Anforderungen der Geschäftsordnung der Kommission sowie den EU-Vorschriften für Bedienstete gerecht geworden. Die Befragung von Oettinger und Kommissionspräsident Juncker am 27. März sollte zusätzlich Aufschluss bringen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

EU-finanzierte Internet-Hotspots für Städte und Gemeinden

Mit dem Projekt „[Wifi4EU](#)“ will die Kommission bis 2019 8000 Städte und Gemeinden beim Aufbau von kostenlosen Internet-Hotspots unterstützen.

Das Programm bietet die Chance, Gutscheine im Wert von 15.000 Euro für die Einrichtung von Wi-Fi-Hotspots in öffentlichen Räumen, u. a. in Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks und Plätzen zu erhalten.

Seit dem 20. März 2018 läuft diesbezüglich bis einschließlich 15. Mai 2018 die [Online-Registrierung](#) für interessierte Gemeinden.

Mit dem Ende der Registrierungsfrist beginnt die tatsächliche Bewerbungsphase für das Förderprogramm. Die vorab registrierten

Gemeinden können sich infolgedessen um die ersten 1000 WiFi4EU-Gutscheine bewerben.

Die Gutscheine werden in der Reihenfolge des Eingangs der Bewerbungen vergeben, wobei die geografische Ausgewogenheit berücksichtigt wird. Deshalb wird jedes teilnehmende Land zumindest 15 Gutscheine erhalten.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Europäischer Rat fixiert Leitlinien bezüglich der zukünftigen Beziehungen zum VK

Im EU-27-Format hat der Europäische Rat am 23. März die [Leitlinien](#) zum Rahmen für die künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich (VK) nach dem Brexit festgelegt.

Die Staats- und Regierungschefs wurden zunächst von Michel Barnier, Chefunterhändler der Kommission, über den Stand der Brexit-Verhandlungen informiert.

Die EU strebt ihrerseits eine möglichst enge Partnerschaft mit dem VK an. Die aktuellen Forderungen und Positionen des VK setzen den diesbezüglichen Vorstößen jedoch Grenzen. Demnach soll sich die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen der EU zum

VK vor allem auf Bereiche wie Handel und wirtschaftliche Kooperation sowie Sicherheit und Verteidigung beziehen, so die Staats- und Regierungschefs.

Das durch die Leitlinien verliehene Mandat wird als Orientierungspunkt für die VerhandlungsführerInnen der EU-Seite dienen.

[Mehr Informationen](#)

EU-Kommission soll Klimaziele überarbeiten

Der Europäische Rat hat am 23. März die Kommission dazu aufgefordert, die [langfristigen EU-Klimaziele](#) an das [Pariser Übereinkommen](#) anzupassen.

Im Rahmen des Europäischen Rates forderten die Staats- und Regierungschefs in einer [Schlussfolgerung](#) die Kommission dazu auf, „bis zum ersten Quartal 2019 einen Vorschlag für eine Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris vorzulegen, wobei die nationalen Pläne zu berücksichtigen sind“.

Um die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius begrenzen zu können, würden die

aktuellen Bemühungen der EU im Rahmen der EU-Klimaziele nicht ausreichen. Die EU würde eine von allen EU-Mitgliedstaaten getragene weitreichende Klima-Strategie benötigen, um das Ziel, ab dem Jahr 2050 klimaneutral zu wirtschaften, erreichen zu können, so Hermann Ott, Präsidiumsmitglied des [Deutschen Naturschutzrings](#).

[Mehr Informationen](#)



Preisschwankungen für Agrarland zwischen den Mitgliedstaaten

Das Statistische Amt der EU, Eurostat, veröffentlichte am 21. März Zahlen zu den Preisen für Agrarland in der EU. Die Studie zeigt EU-weit erhebliche Unterschiede auf.

Demnach variieren die Preise für Ackerland im EU-Vergleich um ein Vielfaches. Während ein Hektar Ackerland in den Niederlanden im Jahr 2016 mit rund 63.000 Euro am meisten kostete, musste man für einen Hektar Agrarland in Rumänien im Durchschnitt nur 1958 Euro bezahlen.

Auch bei den Pachtpreisen zeigen sich nationale Unterschiede. Die Niederlande führen auch hier mit 791 Euro pro Hektar und Jahr das Spitzenfeld an. Lettland ist mit

durchschnittlich 46 Euro pro Jahr das Schlusslicht in der EU. Die Höhe des Preises für Agrarland hängt demnach von einer Reihe von Faktoren wie u. a. gesetzlichen Vorgaben, Klima, Bodenqualität, Neigung sowie Bewässerungsmöglichkeiten ab.

Die durchschnittliche Pacht in Österreich betrug im Jahr 2016 348 Euro pro Hektar.

[Mehr Informationen](#)

20. Europäischer Konsumententag

Am 23. März veranstaltete der Wirtschafts- und Sozialausschuss ([EWSA](#)) den 20. Europäischen Konsumententag in Sofia. Der diesjährige Schwerpunkt lag auf dem Schutz von Online-KundInnen.

Die zusammen mit dem bulgarischen Wirtschafts- und Sozialrat organisierte Konferenz brachte unter dem Arbeitstitel „Die digitale Wirtschaft: Was für ein Deal für die Verbraucher“ ExpertInnen und Politikverantwortliche aus der EU zusammen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die neuen Herausforderungen des Konsumentenschutzes auf Grund der zunehmenden Digitalisierung sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene.

Beim europäischen Projekt ginge es vor allem darum, den Wandel unter Rücksichtnahme von Rechten und der Menschheit zu bewältigen, so Martin Siecker, Präsident der EWSA-Fachgruppe für Binnenmarkt, Produktion und Verbrauch.

[Mehr Informationen](#)



EU-Türkei Gipfeltreffen in Bulgarien

Am 26. März fand in Varna ein EU-Türkei Gipfeltreffen statt. Im Mittelpunkt standen Fragen von gemeinsamem Interesse sowie die jüngsten Entwicklungen.

Auf türkischer Seite nahm Präsident Recep Tayyip Erdoğan am Gipfeltreffen teil. Die EU wurde durch Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, Jean-Claude Juncker, Kommissionspräsident, sowie durch den bulgarischen Ministerpräsidenten Boyko Borissov in der Gastgeberfunktion vertreten.

"Wir sind zur Zusammenarbeit mit der Türkei bereit und werden auf der Tagung des Europäischen Rates im März bewerten, ob die Voraussetzungen für das Treffen EU-Türkei in

Varna am 26. März gegeben sind", so Tusk im Vorfeld des Treffens.

Im Zentrum der Gespräche standen die zukünftige Ausrichtung der EU-Türkei Beziehungen und inwiefern sich diese in Bezug auf gemeinsame Interessen und gegenseitige Achtung weiterentwickeln könnten.

[Mehr Informationen](#)

Rechnungshof fordert Vereinfachung der Forschungsförderung

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) fordert in einer Presseaussendung vom 21. März, die Bemühungen zur Vereinfachung der Forschungsförderung zu verstärken.

Nach Meinung des EuRH würde der derzeitige Rechtsrahmen eine effiziente Umsetzung von Forschungsprogrammen einschränken. Hierzu könnte in Bezug auf Horizont 2020 eine Neufassung zentraler Rechtsvorschriften die momentan lähmende Wirkung komplexer Vorschriften überwinden.

Horizont 2020 sei bei weitem das bisher beste Forschungsprogramm der EU, das auch schon deutlich einfacher ausgestaltet wurde als die Vorgängerprogramme. Die grundlegenden Verordnungen seien jedoch vor allem für

KMUs noch immer schwer verständlich sowie die Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten für EmpfängerInnen nach wie vor kompliziert.

Bereiche, bei denen es Handlungspotential gibt, sind u. a. das Kostenrechnungsverfahren für EmpfängerInnen sowie die Festsetzung eines angemessenen Zeitrahmens von der Annahme bis zur Umsetzung von Rechtsakten.

[Mehr Informationen](#)



Gleichbehandlungsstellen müssen gestärkt werden

Gleichbehandlungsstellen müssten weiterhin gestärkt werden, da alltäglich immer noch Millionen Menschen Rassismus ausgesetzt sind.

In einer gemeinsamen Erklärung zum Internationalen Antirassismus-Tag forderten Jean-Paul Lehnert, Vorsitzender der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz ([ECRI](#)) des Europarates, Michael O'Flaherty, Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ([FRA](#)), und Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, Direktorin des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte ([BDIMR](#)), die Aufwertung von Gleichbehandlungsstellen. Sie würden einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus leisten.

Darüber hinaus müsste vor allem die junge Generation von EuropäerInnen sensibilisiert und informiert werden, um sich zukünftig erfolgreich und selbstverständlich gegen Rassismus und Intoleranz einzusetzen.

Das europäische Netzwerk der Gleichbehandlungsstellen ([Equinet](#)) begrüßte die Erklärung sowie die angekündigten Initiativen zur Stärkung von Gleichbehandlungsstellen.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Fitness check on the EU framework for public reporting by companies](#)

Finanzstabilität, Finanzdienste und Kapitalmarktunion

21 März 2018 - 21 Juli 2018

[Öffentliche Konsultation über gemeinsame Vorschriften für den Betrieb von EU-Luftfahrtunternehmen im Luftverkehrsbinnenmarkt](#)

Mobilität und Verkehr

15 März 2018 - 07 Juni 2018

[Evaluation of the EU framework for taxation of energy products and electricity](#)

Steuern, Umwelt

12 März 2018 - 04 Juni 2018

[Die Maßnahme für das Europäische Kulturerbe-Siegel](#)

Kultur und Medien

02 März 2018 - 24 Mai 2018

[Public consultation on ecodesign requirements for standby, networked standby and off mode electric power consumption](#)

Energieeffizienz

02 März 2018 - 24 Mai 2018

[Exploratory Public Consultation on the establishment in the EU of Decisions relating to binding information in the field of customs valuation](#)

Berechnung von Zöllen, Zollverfahren, Int. Zusammenarbeit im Zollwesen

01 März 2018 - 01 Juni 2018

[Exchange of data to combat VAT fraud in the e-commerce](#)

Steuern

27 Februar 2018 - 25 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung](#)

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

20 Februar 2018 - 31 Mai 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Forschung und Innovation

Genterapie, Forschung, Gesundheit	Innovation platforms for advanced therapies of the future	18.04.2018	€ 54.000.000
Infektionskrankheiten, Gesundheit, Forschung, Impfstoff	New anti-infective agents for prevention and/or treatment of neglected infectious diseases (NID)	18.04.2018	€ 52.000.000
Gesundheit, chronische Krankheiten, Forschung, Hypertension	Global Alliance for Chronic Diseases (GACD) - Scaling-up of evidence-based health interventions at population level for the prevention and management of hypertension and/or diabetes	18.04.2018	€ 20.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Elias Pirker

Abbildungsverzeichnis

[Gemeinde Kundl](#)
[Ausschuss der Regionen](#)